

General-Anzeiger



für Kemberg,
Bad Schmiedeberg
und Umgegend.

Veröffentlichungsblatt
Königl. u. städt. Behörden
sowie vieler Gemeinden.

Inserate
kosten die fünfgehaltene Zeitspalte
oder deren Raum 12 Pf.
Beilagen
erscheinen wöchentlich: Wöchentliches
Unterhaltungsblatt und des Land-
manns Sonntagblatt.
Eingelagerte Nummer des Blattes kostet 10 Pf.

Nr. 9.

Kemberg, Dienstag, den 20. Januar 1914.

16. Jahrg.

Aus der Woche.

Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg hat in den letzten Tagen reichlich Arbeit gehabt. Die Verhandlungen im preussischen Landtage erforderten seine ganze Kraft. In jener eindringlichen Art, die ihn seit je auszeichnet, hat der Kanzler im Herrenhause die Befürchtung entkräftet, daß die

Vormachtstellung Preußens

im Reiche bedroht lie. Mit Nachdruck hat er hervorgehoben, daß er der geschichtlichen Ueberlieferung treu dafür Sorge tragen werde, daß der Preussenstaat weder in seiner Eigenart Schaden leide, noch daß er in seiner geschichtlichen Stellung innerhalb des Reiches beeinträchtigt werde. Im Abgeordnetenhaus äußerte sich der Kanzler zur Frage der Reform und führte aus, daß die einmal geplante Reform im Landtage gescheitert sei. Die Verhältnisse haben sich seitdem (1910) nicht verändert und eine neue Vorlage würde also das Schicksal der ersten teilen. Endlich verteidigte Herr von Bethmann-Hollweg auch die Finanzpolitik der Regierung. Ist ein Mann, der so überall selbst in die Weiche springt, arbeitsmüde? Die Frage muß verneint werden, und trotz aller gegenteiligen Gerüchte dürfte Herr von Bethmann-Hollweg vorläufig nicht aus dem Amte scheiden. Die

Äußerlichkeiten Parlamentskommissionen

sind wieder einmal an der Tagesordnung. Im österreichischen Budgetauschuß kam es sogar nach einer rechtlichen Kräftigung der Sitzung zu einer rechtlichen Kräftigung, bei der die bei den Äußerlichkeiten zu belächelnden Äußerlichkeiten und Offendenden eine führende Rolle spielten. Wer aber aus solchem Standpunkt auf eine schwere innere Krise schließen wollte, lehte in einem Irrtum. Solche etwas gefühlvollen Kräftigungen temperamentvoller Politiker gehören nun einmal zur „Beuna Gemütslichkeit“. Und es wird aber nach dem bekannten Verlust weitergehen: Es wird fortgewürfelt; denn schließlich hört ja jede Diskussion einmal auf und auch die schlimmsten Ränimacher schreien sich einmal heiser und müde. — Die

Geldfrage in Frankreich

die das vorige Ministerium gestützt hat, ist immer noch nicht erledigt. Herr Caillaux, der nun vielfach als ein hervorragendes Finanzgenie preist, merkt jetzt zum erstenmal, daß er weder Armeen aus der Erde stampfen kann, noch daß ihm ein Kornfeld auf der flachen Hand wächst. Alle seine wunderbaren Steuerideen stoßen auf Widerstand bald bei den Parteien der Linken, bald bei denen der Rechten. Es ist eben das Schicksal eines Finanzministers, daß er mehr als jeder andere Staatsmann der herben Kritik angesetzt ist, denn in Geldfragen trägt die Gemütslichkeit auf. Freilich, eines Tages wird Herr Caillaux aus der Fülle seiner Entwürfe einen der Kommerz vorlegen müssen, und dann wird es sich zeigen, wer ihn so hoch als Freund schätzt, daß er um der Freundlichkeit willen auch die unwillkommene Steuer gutheißt.

Auf dem Balkan

rumort es noch immer. In Albanien hat zwar der Putsch einiger Ouzen Iszet-Balkas, die ihn zum Fürsten machen wollten, keinen Erfolg gehabt, aber er hat doch gezeigt, daß in dem Lande nicht jene Einigkeit herrscht, die allein eine geeignete Regierung des Fürsten zu Weisheit verhigen würde. In Wahrheit ist es doch so, daß man nicht mit Bestimmtheit sagen kann, wie sich die bevorstehenden Albanier zu ihrem neuen Fürsten stellen. Erst doch auch König Karol von Rumänien hat vor einigen Tagen in einer Unterredung seiner Beherzung gegen Äußerung gegeben, daß Albanien auf Jahrzehnte hinaus das Schmerzenskind Europas bleiben werde. Und nicht nur Albanien. Die Stimmung in Bulgarien zeigt ebenfalls wie die in der Türkei, daß der Vortreiber Feinde die Balkanfrage nicht endgültig geregelt hat. Wer weiß, wie bald Europa sich wieder in die Wege der Orientpolitik gefählich verstrickt sieht.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 19. Januar 1914

* Wir machen auch an dieser Stelle auf die Befürchtungen in der heutigen Nummer betr. die Anordnungen zur Diskontierung und zur Landbankensache aufmerksam.

§ Es sei hierdurch darauf hingewiesen, daß Kemberg zum Fernsprechnetze mit Stuttgart und seinen Vororten zugelassen ist.

§ Die Handwerker-Vereinigung, welche auf Anregung des Herrn Bürgermeisters Dr. Schöffer am vergangenen Mittwoch durch die Handwerkskammer in Halle hier einberufen war und im Hotel zur Post stattfand, war recht zahlreich von den hiesigen Handwerkern und auch aus den benachbarten Dörfern besetzt. Nach kurzer Begrüßung durch Herrn Dr. Schöffer ergießt der Sekretär der Kammer, Herr Voigt, das Wort. Derselbe äußert sich zunächst über den kleinen Befähigungsnachweis und die Berechtigung zum Halten bezw. Ausleihen von Werkzeugen. Nachdem er sodann die Frage, ob es überhaupt berechtigt ist, von Staat und Kommune eine Fürsorge auch für den selbständigen Handwerker zu fordern, bejaht hatte, da die weitgehende lokale Fürsorge für den Arbeiterstand dies nur rechtfertigt, beschäftigte er sich dann eingehend mit der Frage: Inwiefern können die Städte kommunale Handwerker treiben? Hierzu stellte Redner eine Reihe von Vorschlägen an. In erster Linie hob er die Pflege des gewerblichen Fortbildungsschulwesens hervor, das an den jungen Leuten den praktischen Unterricht des Meisters durch theoretische Unterweisung ergänzen soll. Gewöhnung von Weiblichen zum Weibliche der Westerntanz, die es den Weibern ermöglicht, Knechtungen auf maßvollem und sonstigen je nach betreffenden Gebieten kennen zu lernen und sich zu nütze zu machen, ist ebenfalls eine Sache der Städte, ebenso wie Veranstaltungen von Ausstellungen sachlicher Scherarbeiten in Verbindung mit den Ausstellungen der Fortbildungsschulen. Weiter berührte der Vortragende das Subventionswesen, bei dem die berechtigten Wünsche des Handwerkers berücksichtigt werden müssen und bei dem die Kommunen möglichst durch Vorzugung der ortsaussigen Handwerker und speziell der mit Westerntanz viel tun könnten. Die Handwerkskammer ist bereit, von 1. April ab hier helfend einzugreifen, die Kommunen möchten nur stets die Subventionsunterlagen zur Prüfung einbringen, auch den Handwerker solle es von da ab möglich sein, ihre Berechnungen bei der Kammer nachprüfen zu lassen. Natürlich, so schloß Herr Voigt, dürfe der Handwerksstand nun nicht alles Heil von der Vertretung der angestellten Leihlinge erwarten, sondern er müsse auch selbst mit helfen und durch Einigkeit und Zukunftsgefühl dazu beitragen, daß das Handwerk wieder erstarke, um in Wirtschaftsleben wieder den Platz einzunehmen, der ihm gebühre. Zum Schluß machte der Redner noch einige Bestimmungen der Kammer für hier bestehende Zünfte und die Gesellenverfassungen betr. bekannt und gab auf Anfragen aus der Versammlung bereitwillig Antwort. Zum 2. Punkt der Tagesordnung betr. Sterbefälle für selbständige Handwerker führte ein Vertreter der „Juna“, mit der die Handwerkskammer einen Begünstigungsvertrag eingegangen, die Vorteile eines Versicherungsschlußes mit fester Prämie gerade für den Handwerker des näheren aus und erbat freundliche Aufnahme des Vertreters der Gesellschaft, der in nächster Zeit nach hier kommen werde.

§ Die Besetzung der Ortspoststellen, welche auf Anregung des Herrn Bürgermeisters Dr. Schöffer am vergangenen Mittwoch durch die Handwerkskammer in Halle hier einberufen war und im Hotel zur Post stattfand, war recht zahlreich von den hiesigen Handwerkern und auch aus den benachbarten Dörfern besetzt. Nach kurzer Begrüßung durch Herrn Dr. Schöffer ergießt der Sekretär der Kammer, Herr Voigt, das Wort. Derselbe äußert sich zunächst über den kleinen Befähigungsnachweis und die Berechtigung zum Halten bezw. Ausleihen von Werkzeugen. Nachdem er sodann die Frage, ob es überhaupt berechtigt ist, von Staat und Kommune eine Fürsorge auch für den selbständigen Handwerker zu fordern, bejaht hatte, da die weitgehende lokale Fürsorge für den Arbeiterstand dies nur rechtfertigt, beschäftigte er sich dann eingehend mit der Frage: Inwiefern können die Städte kommunale Handwerker treiben? Hierzu stellte Redner eine Reihe von Vorschlägen an. In erster Linie hob er die Pflege des gewerblichen Fortbildungsschulwesens hervor, das an den jungen Leuten den praktischen Unterricht des Meisters durch theoretische Unterweisung ergänzen soll. Gewöhnung von Weiblichen zum Weibliche der Westerntanz, die es den Weibern ermöglicht, Knechtungen auf maßvollem und sonstigen je nach betreffenden Gebieten kennen zu lernen und sich zu nütze zu machen, ist ebenfalls eine Sache der Städte, ebenso wie Veranstaltungen von Ausstellungen sachlicher Scherarbeiten in Verbindung mit den Ausstellungen der Fortbildungsschulen. Weiter berührte der Vortragende das Subventionswesen, bei dem die berechtigten Wünsche des Handwerkers berücksichtigt werden müssen und bei dem die Kommunen möglichst durch Vorzugung der ortsaussigen Handwerker und speziell der mit Westerntanz viel tun könnten. Die Handwerkskammer ist bereit, von 1. April ab hier helfend einzugreifen, die Kommunen möchten nur stets die Subventionsunterlagen zur Prüfung einbringen, auch den Handwerker solle es von da ab möglich sein, ihre Berechnungen bei der Kammer nachprüfen zu lassen. Natürlich, so schloß Herr Voigt, dürfe der Handwerksstand nun nicht alles Heil von der Vertretung der angestellten Leihlinge erwarten, sondern er müsse auch selbst mit helfen und durch Einigkeit und Zukunftsgefühl dazu beitragen, daß das Handwerk wieder erstarke, um in Wirtschaftsleben wieder den Platz einzunehmen, der ihm gebühre. Zum Schluß machte der Redner noch einige Bestimmungen der Kammer für hier bestehende Zünfte und die Gesellenverfassungen betr. bekannt und gab auf Anfragen aus der Versammlung bereitwillig Antwort. Zum 2. Punkt der Tagesordnung betr. Sterbefälle für selbständige Handwerker führte ein Vertreter der „Juna“, mit der die Handwerkskammer einen Begünstigungsvertrag eingegangen, die Vorteile eines Versicherungsschlußes mit fester Prämie gerade für den Handwerker des näheren aus und erbat freundliche Aufnahme des Vertreters der Gesellschaft, der in nächster Zeit nach hier kommen werde.

* Konzert. Auf das heute Montagabend im Hotel zur Post stattfindende Konzert der Wittenberger Stadtpfelle sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Zum Schluß bringt das Programm „Die Wölferkinder“ bei Leipzig, Großes Tongedem von Glöckner.

§ Kino. Das zurzeit hier wühlende Kinetographische Theater lebender Photographien von J. Becker gab am Sonntagabend im Hotel zur Post seine Eröffnungsvorstellung. Der dem Unternehmen vorausgehende gute Ruf hat sich auch diesmal wieder bewährt. Das Programm

brachte erste und humoristische Darbietungen in reicher Abwechslung und seien von den ersten besonders „Der kleine Geiger“ und „Das Todesgeschick“ hervorgehoben. Die Bilder wurden klar und flimmerfrei dargestellt. Daß die Vorstellungen das Publikum voll und ganz befriedigten, bewies der lebhafteste Beifall. Dasselbe Lob verdienen die beiden Sonntagsvorstellungen, von denen die am Abend fast überfüllt war. Wie aus dem Anzeigenteil der vorliegenden Nummer hervorgeht, wird morgen Dienstagabend noch ein, und zwar die Abschlußvorstellung, stattfinden. Wir können den Besuch derselben nur empfehlen.

Adern, 17. Januar. Eine Verhaftung aus dem Zuge heraus wurde vorgestern durch unseren Gendarmenwachmeister vorgenommen. Ein benachbarter Coffa waren in der dortigen Dampfheizleitung am Mittwoch kurz nach Feterabend die Feder-Treibminen gestohlen worden. Der Diebstahl wurde aber sofort entdeckt. Die Spur führte nach dem Bahnhof Sülzhausen, wo man einen Mann, der sich mit einem schweren Rad verdrückt gemacht hatte, in den zur Arbeit bereitstehenden Zug einsteigen ließ. Sofort wurden die Personen nach Döben telephoniert, und als der Zug 8.53 hier einlief, konnte der Verdächtige auch festgenommen werden. Es war ein Altwarenhandler namens Selbe, früher in Niemeß bei Bitterfeld, jetzt in Halle wohnhaft, der den Diebstahl ohne weiteres einräumte. Das gestohlene Gut wurde ihm abgenommen, der Mann selbst aber unter Angabe des Gerichtsgefängnis in Schmiedeberg angehalten. Selbe hatte verschiedene Einbruchsvorfälle begangen, so viele Dietriche, Fellen, Stemmleien und Sägen.

Vitterfeld, 16. Januar. (Seltene Familienfeier.) Eine seltene Familienfeier beging im benachbarten Holzweißig die Familie des Kaufmanns B. Barth. Während eine Tochter in den Ehestand trat, feierten die Eltern das silberne Hochzeitsjubiläum, und an demselben Tage der Großvater die goldene Hochzeit. Ein Bruder der Frau Barth, Eigenborn, feierte gleichfalls die silberne Hochzeit und Barth selbst die 25jährige Wiederkehr des Tages seiner Geschäftseröffnung.

Greppin. Wie eine diebstahlige Ester hat eine Arbeiterfrau im hiesigen Dorfe gehandelt. Sie wurde verhaftet die Häuser und stahl, wo es nur möglich war. Als sie gestern schwer bepackt mit Wäsche, Kleidungsstücken usw. ein Haus verlassen wollte, wurde sie von einer Frau in aller Frühe erwischt. Anstatt die Furcht zu ergreifen, warf sie sich die Diebin auf die Frau und handelte sie mit der Faust. Erst durch das Eingreifen einiger hergehrer Leute konnte die laubere Person dingfest gemacht werden.

Bad Kösen, 16. Januar. (Klage gegen Juuagstättler.) Beim Grunde des Hotels „Alte Ritter“ sind für die Angliederung von Militär usw. aus Naumburg 270 Mk. Kosten entstanden, deren Bewilligung die Stadtverordnetenversammlung vor einiger Zeit mit der Begründung ablehnte, daß ausreichende Hilfe am Orte vorhanden gewesen sei. Auf hiergegen eingelegte Beschwerden hat der Regierungspräsident die Juuagstättler dieser Summe verurteilt. Die Stadtverordneten beschließen darauf, auf dem früheren Beschluß bestehen zu bleiben und gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten Klage zu erheben.

Hellenthal, 16. Januar. Eine Bilderdiebstahl eigener Art macht hier von sich reden. Daß in der Jagd des benachbarten Wäldchen gemalt wurde, war schon seit längerer Zeit bemerkt worden. Aber erst vor kurzem ist man den Bilderdieben durch einen Zufall auf die Spur gekommen. Das Original dabei ist, daß es halbwüchsig, kaum der Schule entwachsene Knaben aus dem Orte sind, die sich zusammengetan und mit Jagdflinten ausgerüstet, gewöhnlich Sonntags vorwärts, während die Ortsbewohner in der Mitte weiten, ausgingen, um dem elden Wildpret abzuliegen. Es wurden regelrechte Kesselreiben veranstaltet, auf einer dieser Treibjagen wurden 16 Hahn und 3 Hühner erlegt. Das erlegte Wild wurde dann gemein-

sam unter Hinzuziehung weiterer jugendlicher Freunde und Freundinnen geteilt und verzehrt. Die Herrlichkeit dauerte aber nur so lange, bis Heranziehende von den geheimen Gastmählern Kenntnis erhielten. Jetzt ist der Staatsanwalt Anzeige erstattet und die interessanten Bilderdiebstahlgeheime wird noch ein gerichtliches Nachspiel erleben.

Schwanebeck, 16. Januar. (Der Dattel aus Brasilien.) Eine ansehnliche Erbschaft in Höhe von mehr als 90 000 M. machte dieser Tage ein hiesiger junger Mann. Sein in Brasilien verborbener Vater hinterließ ihm diesen Betrag als alleinigen Erben. Die Veranschlagung geschah durch das deutsche Konsulat.

Stendal, 17. Januar. (Ein gestohlener Werbetrief wieder aufgefunden.) Kurz vor Weihnachten war auf dem Postamt in Stendal ein 50 000 Mark enthaltender Werbetrief abhandeln gekommen. Der Werbetrief hatte sich auf einen Postassistenten, der inzwischen in Haft genommen worden ist. Heute trat der Untersuchungsrichter aus Stendal in Dessau ein, um bei der Mutter des Verhafteten eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Das Resultat war, daß auch die Mutter in Sicherungsverhaftung genommen wurde. Weitere Spuren führten nach Bitterfeld zu Verwandten des Assistenten. Auch dort wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Das Ergebnis der Hausdurchsuchung war, daß nach und nach das ganze Geld bis auf einen kleinen Betrag wieder herbeigeschafft wurde.

Dresden, 14. Jan. Eine wilde Beberchensjagd gab es am Dienstag in dem Schiffschen Städten Holzha bei Baugen. Ein Mann, der sich Dr. Weber nennt, verkaufte ein Automobil für 2000 Mark. Dem Käufer kam das Geschäft verdächtig vor, weil 2 Tage vorher in Dresden ein Automobil gestohlen worden war. Er benachrichtigte die Polizei, und diese wollte den Verdächtigen festnehmen. Dieser schickte jedoch und gab mehrere Schüsse aus einem Revolver auf seine Verfolger ab, traf aber niemanden. Nachdem ihm die Waffe entwunden worden war, schlug er wie ein Krieger um sich. Er wurde schließlich übermäßig in ein Automobil gebracht, das ihn in das Baugener Gefängnis abfuhrte. Ob der Name Dr. Weber richtig ist, konnte nicht festgestellt werden.

Leipzig, 16. Januar. (Ein Arzt verhaftet.) Der prakt. Arzt Dr. med. Richard Kröber in Leipzig-Gomnau wurde unter dem dringenden Verdacht des Verbrechens gegen das leibende Leben verhaftet. Bis jetzt sind vier Namen der besseren Gesellschaft ausfindig gemacht, die als Zeuginnen gegen den Arzt auftraten.

Frankfurt a. M., 17. Jan. Im Gistmordprozess Hofp sprachen die Geschworenen heute nachmittag den Angeklagten schuldig des Mordes an seiner ersten Frau. In den anderen vier Fällen bejahten sie die Frage nur auf Mordverdacht. Der Angeklagte wurde nach Antrag des Staatsanwalts zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von der Anklage des Mordes an seinen Eltern erfolgte Freisprechung. Hofp nahm das Urteil gefaßt auf.

Literatur.

Alle hier empfohlenen Bücher, Zeitschriften, usw. können durch die Expedition des „Gen.-Anz.“ ohne Preisanzahlung bezogen werden.

Wer für wirkliche Schönheit empfänglich ist, der lese den entzückenden, reichhaltigsten Bericht, die Schönheit des Kindes“ in der neuesten Nummer der über die ganze Erde verbreiteten Modes- und Familienzeitschrift *Mode und Haus*, Verlag John Henry Schwere G. m. b. H., Berlin W. 57, wo sie eine reichhaltige Beschreibung enthält. Weiterens ist eine reichhaltige Beschreibung wieder herlich ausgestattet. Neben der *Weltliteratur* ein reicher Wobentell, Handarbeiten, die „Nüchternen Kinderwelt“, spannende Romane und vieles andere noch. Ganz herzlich machen wir auf den jeder Nummer beiliegenden außerordentlichen Schminkebogen aufmerksam, außerdem liefert der Verlag Normalmiete unterm Selbstkostenpreis. *Mode und Haus* kostet trotz seines reichen Inhalts nur Quartar nur 1 Mk., welche sechs Nummern geliefert werden. Abonnements bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Probennummern erhältlich bei erfahrenen und durch den Verlag John Henry Schwere G. m. b. H., Berlin W. 57.

Die Straßburger Urteile

rechtskräftig.

Neue Dienstvorschriften für den Wassengebrauch? Wie vorausgesetzt war, hat der Oberst über die Einbringung eines Rechtsmittels gegen die freilich in Straßburg im Falle des Leutnants v. Reutter sowohl, wie auch gegen den Oberst v. Reutter und den Leutnant Schab verzichtet.

Was zunächst den Verzicht im Falle v. Reutter betrifft, so mag nach einer Straßburger Quelle die Entscheidung des zuständigen Gerichtsherrn ausschlaggebend, daß nach den tatsächlichen Feststellungen des Oberkriegsgerichts der Angeklagte einen drohenden tödlichen Angriff der auf seinen Befehl verhafteten Person abwehrte und sich dabei innerhalb der erlaubten Grenzen der Notwehr gehalten hat. Da eine Nachprüfung der Entscheidung des Oberkriegsgerichts in Bezug auf die Mithingung des Ergebnisses der Vernehmung dem Kriegsgericht nach dem Gesetz verlag ist, mußte das Rechtsmittel die Verurteilung von vornherein als aussichtslos erscheinen.

Für den Verzicht auf Einlegung der Verurteilung gegen das freisprechende Urteil im Falle des Obersten v. Reutter sprach die Erwägung, daß die inländische Beweisaufnahme vom Kriegsgericht einmündet bei gutem Glauben des Angeklagten an eine ihm nach seinen Dienstvorschriften zuzurechnende Berechtigung zu dem Einsatzereis des Militärs ergeben hat, und daß er deshalb nach anerkannten Rechtsgrundsätzen straflos bleiben muß. Wenn das aber auf den Obersten v. Reutter zutrifft, so muß er recht Leutnant Schab straflos bleiben, da er lediglich die Befehle des Obersten ausgeführt hat, deren rechtmäßige Grundlage er aus Gründen der Disziplin nicht zu prüfen hatte. An dem Verzicht des Obersten v. Reutter hat das Gericht nach dem Ergebnis der Beweisnahme eine strafbare Handlung nicht erkannt.

Oberst v. Reutter hat sich in seiner Verteidigung auf die Tatsache als Stützpunkt und die Befehle der Befehlsführer als Stützpunkt auf die Rabinetsorder aus dem Jahre 1820 berufen, deren Rechtmäßigkeit vielfach bestritten worden ist, besonders aber wurde die Rechtmäßigkeit für Gleichbehandlungen in Aussicht gezogen. Jetzt wird hauptsächlich darauf hingewiesen, daß die Rabinetsorder in der Dienstvorschrift über den Wassengebrauch des Militärs von 1899 vermerkt worden sind, und zwar um das Verwehren und Nachlassen des Militärs, sowie die Strafe, in denen die Anwendung des Militärhoheitsrechts in Frage kommt, bezuglegen.

Gleichmäßig wird darauf hingewiesen, daß sich aus der Vermerkung der Rabinetsorder von 1820 für die neueren Dienstvorschriften bis jetzt keinerlei maßgebende Anhaltspunkte ergeben haben. Nachteilig ist auch die Erwägung der Ereignisse in Baden zweifel daran ergeben haben, ob die Vorschriften von 1820 die Befugnisse der Not- und Militärhoheitsrechte richtig abgrenzen, hat Major Wilhelm eine Nachprüfung der Dienstvorschriften angeordnet. Die Nachprüfung soll von den in Frage kommenden Anträgen schließlich vorgenommen werden, damit gegebenenfalls schnell eine Ergänzung der Vorschriften stattfinden kann, um eine Wiederholung der badischen Ereignisse auszuschließen.

In verschiedenen Mäthern wird die Ansicht geäußert, daß namentlich der Fall Zabern erledigt ist. Das dürfte nicht zutreffend sein. Der selbst löblichste Handlung hat nach die wichtigsten eingehenden. Debatte über die Ergebnisse in Baden einstimmig eine Verurteilung angenommen, wonach der Reichstag gebeten wird, einzutreten für 1) eine den modernen bürgerlichen Anschauungen entsprechende reichsgesetzliche Wahrung der Verurteilung, 2) einen Reform der Militärgerichtsbarkeit, 3) einen Ausbau der staatsrechtlichen Verfassung in der Richtung der vollen bundesstaatlichen Selbstständigkeit Gleichbehandlungen.

Die Forderungen dieser Verfassungsausschüsse werden über eine Anzahl von Vorschlägen in der Kommission zur Verhandlung kommen. Die Besprechung der Interpretationen, die Fortschrittler und Sozialdemokraten mit Mithingung.

Der Liebe Not.

21. Roman von Horst Bodemer.

Sie nicht mit dem Kopf und denkt sie sich: Wenn er wüßte, wie herzlich gleichgültig mir ist, wozu mir kommen.

In seiner Freude gibt er auf sein Weib nicht acht. Sogar reißt er den Umschlager auf. Er liebt, wird tatsächlich und bringt auf.

„Um Gottes willen, was ist dir, Kurt?“

„Nichts, nichts — ich muß gleich zum Kommandierenden General. Ich habe nicht genug mit geteilt habe ich mich — ja, aber es hat mich zu bedeuten — gar nichts, lieber Clara, wirklich nichts.“

Er fährt mit dem Briefe in der Hand zum Zimmer hinaus.

Mit großen Augen sieht sie ihm nach. Sollte nur Heinz? Ungewiss, ob der sich ein Weib angucken hätte? Seine Verurteilung zum Verurteilungskommando konnte in diesem Schreiben unmöglich gefassten haben, darüber hätte sich ihr Mann sicher nicht in eine solche Verfassung bringen lassen. Jo hatte sie ihn noch nie gesehen. Ein Unstille mußte sich ereignet haben und von welcher Seite hätte es kommen sollen, wenn nicht von Heinz? Eine einschneidende Aufregung bemächtigte sich ihrer, sie lieh hin- und her, nicht die furchtbaren Zweifel, die die Seele ermarketen, — aber er war schon die Treppe hinab.

Da hatte Heinz mit einem Schlage alle die Positionen wieder geklärt, die sie abgibt ihrem Manne übergeben.

sicht auf die Straßburger Urteile im Reichstage eingebracht haben. So schnell also, wie man hier und da glaubt wird die Wäre Rabern nicht vergessen sein. Der Reichstag aber hat den Frieden des Reiches aber Augenblicksfolge diese oder jene Angelegenheit, nicht nur von ganzem Herzen mithingung, daß künftig Konflikte zwischen Zivil- und Militärverwaltung vermieden werden. Wenn eine Änderung der Dienstvorschriften dazu beiträgt, so ist sie mit Freuden zu begrüßen. Westmann.

Politische Rundschau.

Zentfaltung.

* Herzog Ernst August von Braunschweig ist zum offiziellen Besuch am Berliner Hof in der Reichshausstadt eingetroffen und nach 8 Tagen auf dem Potsdamer Bahnhof empfangen worden.

* Der Reichskanzler v. Bethmann-Sollweg ist vom Kaiser in Potsdam — ganz unerwartet — in längerer Audienz empfangen worden. Natürlich münzelt Frau Franke wieder, es handle sich um den Reichskanzler, da sich der Kaiser häufig den Kanzler zu sich bitten läßt, wenn er nicht vorzieht, plötzlich auf dem Auswärtigen Amt zu erscheinen, so wird man um ihm, aus dieser Potsdamer Audienz keine vorzüglichen Schlüsse zu ziehen.

* Die Budgetkommission des Reichstages hat die erste Rate des auf 200 000 M. festgesetzten Reichsbeitrags für die Olympischen Spiele in Berlin 1916 abgelehnt. — Die einzelnen Sportarten, die aus diesen Mitteln in ihren Vorbereitungen unterzogen werden sollen, sind nun auf private Mittel angewiesen, wenn nicht der Reichstag anders entscheidet, als seine Budgetkommission.

* Die Matritularbeiträge für 1914 sind jetzt nach den Beschlüssen des Bundesrats neu festgelegt worden. Mit drei Ausnahmen sind die neuen Matritularbeiträge geringer bemessen als die für 1913. Der größte Anteil hat Preußen mit 153 923 296 M., dem Heintzen Waldeck mit 236 477 M. Die Gesamtsumme der Matritularbeiträge beläuft sich auf 245 953 224 gegen 255 419 918 M. im Jahre 1913, also 9 461 694 M. weniger.

* Am wesentlichen Budgetordnen hat die Reichsregierung und besonders die Steuererhebung des Jahres 1913 einer scharfen Kritik unterzogen hatte, rechtliche Ministerpräsident v. Bethmann-Sollweg noch einmal die Stellung der Regierung und vertritt insbesondere das Besteuerungsrecht, das angeht die neuen Wehrverträge eine nationale Forderung gewesen sei.

Schwerer Ungarn.

* Im österreichischen Budgetausschüsse kam es nach einer 50 stündigen Sitzung zu argeren Ausfällen, die der Durchführung ein gewisses Ende machten. Die Tischgespräche des Parlamentes hatten den Saal der Kommission gefüllt und hinderten durch Schreien und Lärm jede Beratung. Es kam zu Zwischenfällen zwischen einzelnen Abgeordneten und den Mitgliedern. Der Obmann des Ausschusses, als sich endlich genötigt, da die Verhandlung durch das Lärm unmöglich gemacht wurde, die Sitzung zu schließen.

England.

Salan erklärte in einer Rede, wenn ein Land in volkswirtschaftlicher Hinsicht ein Hindernis für die Entwicklung einläßt, so müsse es nachher viel mehr ausgeben, um andre Länder wieder einzulösen. Darum sei die liberale Partei entschlossen, von dem östlichen im Parlament festgestellten Maßstab der Mithingungen in England, nach dem Maßstab in den übrigen Ländern, als man es immer noch den Herren Churchill und George hört.

Russland.

* Das Moskauer Wremja veröffentlicht eine Unterredung, die angeblich ihr konsolidationspolitischer Mitarbeiter mit dem neuen russischen Kaiser, dem Großfürsten Nikolai, gehalten hat. Dieser hat angeblich geäußert: „Ich bin sehr besonderer Freund der Deutschen.“

Mit ausgereiteter Hand ging der Kommandierende General seinem ehemaligen Generalstabschef entgegen.

„Ja, gratuliere Ihnen, Herr Oberstleutnant, aber absichtlich hat man Ihnen das Regiment in Straßburg freigegeben, wie ich vorher erfahren habe. Sie sollten sich mal in Südwestfalen umhören, Straßburg ist ja keine Garnison, habe dort die Brigade abgeliefert, um wenn's zum Klappen kommen sollte, so was kann ja schnell eintreten. Sie mit im ersten Treffen, hat für uns Soldaten kein Quatsch, können da zeigen, was wir zu leisten vermögen. Man hält sehr große Stücke auf Sie in Berlin, ich sehe nicht ein, warum in der Oberleitung über Berlin und Paderborn, — also betrachten Sie den Dienst nahe der Grenze als eine Auszeichnung.“

Herr von Sommern hohlierte einen verlegenen Dackel.

Erst jetzt wurde der Kommandierende General gewahrt, daß der Oberstleutnant durchaus nicht zutreffend auswich. Im Gegenteil, — er machte einen nervösen, gedrückten Eindruck.

„Was ist denn mit Ihnen los?“

„Erzählen Sie mir, nicht ein anderes Regiment bekommen? Ganz gleich welches, nur nach Straßburg möchte ich auf keinen Fall.“

„Aber Herr von Sommern! — Majestät befehligt mich zu gehen.“

„Vormarsch!“ sagte er der Kommandierenden General. „Soentlich es mir ist, gestatten Sie mir, mich näherer Erklärungen.“

„Aber bitte, nehmen wir Platz.“

nie von mir behauptet wurde, sondern ausschließlich ein Freund der Türken. Meine Beziehungen zu den Mäthern werden nicht durch persönliche Sympathien, sondern durch die Interessen meines Vaterlandes bedingt. Ich bin davon durchdrungen, daß die Zukunft der Türkei auf guten Beziehungen mit dem benachbarten Rußland beruht und werde daher alles tun, um die Beziehungen der Türkei zu Rußland zu den besten zu gestalten.“

Wassankanten.

Die deutsche Militärmission in der Türkei ist mandatierte Beschlüssen ausgesetzt. Nachdem General Liman v. Sanders von dem eben erst übernommenen Kommando des ersten Armeekorps (unter seinem Chef Drud Anglans) entbunden worden ist, hat man ihm mit einer hohen Auszeichnung zuteil werden lassen. Er ist zum Marschall der türkischen Armee ernannt worden. — Natürlich kann

In der Verhandlung des Antrages hob der Abgeordnete Grabbe (Ztr) hervor, daß die Ermächtigung der Einzelstaaten, die Frist bis Ende Januar zu verlängern, nicht genüge. Es bedürfte überhaupt außerordentlich großer Anstrengungen, für die es zu beschließen ist, daß in Bayern erklärt wurde: Wenn der Ertragswert weniger beträgt als der Verkaufswert, dann wird der Verkaufswert eingestellt. Eine solche Auffassung widerspreche direkt dem Gesetz. Nicht unbedeutend sei es auch, ob der Generalstab sich auch auf das Jahr 1913 erstrecke. Der Redner forderte mögliche Vermehrung unmittiger Eindrungen in Privatverhältnisse. Die Vergrößerung für den Wehrbeitrag sei bereits fest abgemacht, und es sei zu wünschen, daß die Vergrößerung, mit der man sich verhalten hat, die vergrößerte Zahl angenommen habe, nicht in das Gegenteil umschlage.

Der Staatssekretär Kühn zeigte sich jedoch grundsätzlich abgeneigt. Er wies darauf hin, daß die Überführung über das Gesamtverhältnis des Wehrbeitrages noch weiter hinausgeschoben werden mußte, und daß die Annahme des Antrages auch schwere Bedenken habe für die Aufstellung des Etats für 1915, wenn das Ertragsnis des Wehrbeitrages nicht vermehrt werden könne. Zumal sei darauf zu verweisen, daß die Fristen der Verbesse- rung des Ende Januar hinausgeschoben werden kann, daß für die weitere Fälle noch besondere Termine für die Verlängerung in Frage kämen, und daß in Einzelfällen ein Antrag auch ohne Verdrängung stattegeben werden könne. Der Staatssekretär rief, bei allen Zweifel- stillen nach Möglichkeit eine gefällige Entscheidung herbeizuführen und drückte schließlich seine Bereitwilligkeit aus, überall, wo es nötig sei, die Entscheidung zu treffen, Aufklärung zu schaffen.

Nach kurzer weiterer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen, und das Sans wurde für die Fortsetzung der Beratung des Gesetzes über die So man zu rufe zu. Es folgten sich nochmals die Redner der einzelnen Fraktionen kurz, so die Abgg. Dr. Wurd (soz.), Wirmann (Zentf.), Marquart (nat.-lib.), Thumann (Ztr). Eine besondere Überlegung brachte die Debatte aber nicht, daß nach durch die Wortmeldung des Abg. Grafen Dr. v. Osdowski (soz.), W. Behner (Ztr). Die wenigen der anwesenden Abgeordneten schienen den Ausführungen des Redners volle Aufmerksamkeit. Der englische Sonntag sei freilich kein ertragsmehrendes Ziel, und der vorliegende Entwurf bedeute einmütig einen Fortschritt. Im Interesse der Angelegten sei die Sonntagstruhe notwendig, daß müsse ein Unterschied zwischen Groß- und Kleinfraktionen gemacht werden. Das aber sechs und sieben Millionen den Ertragswert über die Ausführung des Gesetzes haben sollen, könne oft den Eindruck der Gerechtigkeit hervorgerufen. Alle Jugendpflicht sei prozediert, wenn die jungen Leute indier nicht Zeit haben, sich an den Sonntagen Erholung zu gönnen. Die Unterredung mußten aber noch aus dem Gesetz verbannt werden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Feuerstein (soz.), Paulsen (Zentf.) und Giesberts (Zentf.) wird der Entwurf einer Kommission von 28 Mitgliedern überlassen.

Die Antwort des Dreihundes in der Anzeigkarte lautet dahin, daß Griechenland gegen die Verklärung, in Albanien zur Aufrechterhaltung der Ordnung beitragen zu wollen, die Intellektuellen nach dem Verfall des England's ausprobierten. Dreihund und Dreihund sind also einig. — Nur die Türkei wird nicht einmütig sein werden.

Deutscher Reichstag.

(Original-Vericht) Berlin, 17. Januar.

Im Reichstag kam am Donnerstag der Gesetzentwurf über die Sonntagstruhe in Handelsgeerbe zur ersten Beratung, nach dem vorher Staatssekretär Dr. v. Behner erklärt hatte, daß der Reichstagesrat bereit sei, die Zern-Interpretation der Fortschrittler und Sozialdemokraten zu beantworten, sobald das Vergehen gegen Oberst v. Reutter und Leutnant Schab rechtskräftig nach dem Verfall des England's ausprobierten. Dreihund und Dreihund sind also einig. — Nur die Türkei wird nicht einmütig sein werden.

nicht zutreffen. Er wandte sich gegen die mangelnde Berücksichtigung der Besonderheiten auf dem Lande. Abg. v. Göttingen (nat.-lib.) befragte gleichfalls die Forderung der wähligen Sonntagstruhe für die Kontingenten für die Grafen v. Göttingen. Er bot die kleinen Städte mehr zu berücksichtigen. Abg. Mumm (nat.-lib., Wg.) erklärte sich für völlige Sonntagstruhe.

Am Freitag kam es im Reichstage nach Erledigung einiger kurzer Anfragen von mindere Interesse zur Beratung eines von den Nationalliberalen, der Reichstagesrat, dem Zentrum und den Konservativen eingebrachten Antrages über die Verbesse- rung des Wehrbeitrages zum Wehrbeitrag. Der Antrag verlangt die Verlängerung der Frist zur Abgabe der Verbesse- rungserklärungen bis Ende Februar; ferner sollen Zweifelstragen durch eine entsprechende Mitteilung an den Reichstag behoben werden.

In der Verhandlung des Antrages hob der Abgeordnete Grabbe (Ztr) hervor, daß die Ermächtigung der Einzelstaaten, die Frist bis Ende Januar zu verlängern, nicht genüge. Es bedürfte überhaupt außerordentlich großer Anstrengungen, für die es zu beschließen ist, daß in Bayern erklärt wurde: Wenn der Ertragswert weniger beträgt als der Verkaufswert, dann wird der Verkaufswert eingestellt. Eine solche Auffassung widerspreche direkt dem Gesetz. Nicht unbedeutend sei es auch, ob der Generalstab sich auch auf das Jahr 1913 erstrecke. Der Redner forderte mögliche Vermehrung unmittiger Eindrungen in Privatverhältnisse. Die Vergrößerung für den Wehrbeitrag sei bereits fest abgemacht, und es sei zu wünschen, daß die Vergrößerung, mit der man sich verhalten hat, die vergrößerte Zahl angenommen habe, nicht in das Gegenteil umschlage.

Der Staatssekretär Kühn zeigte sich jedoch grundsätzlich abgeneigt. Er wies darauf hin, daß die Überführung über das Gesamtverhältnis des Wehrbeitrages noch weiter hinausgeschoben werden mußte, und daß die Annahme des Antrages auch schwere Bedenken habe für die Aufstellung des Etats für 1915, wenn das Ertragsnis des Wehrbeitrages nicht vermehrt werden könne. Zumal sei darauf zu verweisen, daß die Fristen der Verbesse- rung des Ende Januar hinausgeschoben werden kann, daß für die weitere Fälle noch besondere Termine für die Verlängerung in Frage kämen, und daß in Einzelfällen ein Antrag auch ohne Verdrängung stattegeben werden könne. Der Staatssekretär rief, bei allen Zweifel- stillen nach Möglichkeit eine gefällige Entscheidung herbeizuführen und drückte schließlich seine Bereitwilligkeit aus, überall, wo es nötig sei, die Entscheidung zu treffen, Aufklärung zu schaffen.

Nach kurzer weiterer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen, und das Sans wurde für die Fortsetzung der Beratung des Gesetzes über die So man zu rufe zu. Es folgten sich nochmals die Redner der einzelnen Fraktionen kurz, so die Abgg. Dr. Wurd (soz.), Wirmann (Zentf.), Marquart (nat.-lib.), Thumann (Ztr). Eine besondere Überlegung brachte die Debatte aber nicht, daß nach durch die Wortmeldung des Abg. Grafen Dr. v. Osdowski (soz.), W. Behner (Ztr). Die wenigen der anwesenden Abgeordneten schienen den Ausführungen des Redners volle Aufmerksamkeit. Der englische Sonntag sei freilich kein ertragsmehrendes Ziel, und der vorliegende Entwurf bedeute einmütig einen Fortschritt. Im Interesse der Angelegten sei die Sonntagstruhe notwendig, daß müsse ein Unterschied zwischen Groß- und Kleinfraktionen gemacht werden. Das aber sechs und sieben Millionen den Ertragswert über die Ausführung des Gesetzes haben sollen, könne oft den Eindruck der Gerechtigkeit hervorgerufen. Alle Jugendpflicht sei prozediert, wenn die jungen Leute indier nicht Zeit haben, sich an den Sonntagen Erholung zu gönnen. Die Unterredung mußten aber noch aus dem Gesetz verbannt werden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Feuerstein (soz.), Paulsen (Zentf.) und Giesberts (Zentf.) wird der Entwurf einer Kommission von 28 Mitgliedern überlassen.

genacht haben — natürlich —, je müste doch nicht, was in dem Briefe stand. Da übermüde ihn ein heißes Gefühl, er nahm sie in seine Arme und küßte ihre Stirn. „Ertraben mußst du's doch und tragen auch, Klara, ich habe kein Regiment in Berlin bekommen, sondern — in Straßburg.“

Da machte sie sich mit einem energischen und stürzten Lippen an.

„In Straßburg?“

„Ja, Klara.“

Kraftlos sank sie auf den nächsten Stuhl, ein wildes Schreien entging ihr ihrer Brust.

Sommern hielt ein einen Stuhl vor sich, dann streicht er ihr befähigend über die Wangen.

„Ich habe soeben mit Erzellen gesprochen, Klara, wird dir hierher verlegt, da ist er nahe bei Wehrdorf, kann nicht nach Hause fahren, so wird er schneller sein Gleichgewicht wiederfinden.“

„Sein Weib schüttelt traurig den Kopf.“

„Mein Kurt, ich fürchte für ihn, kann sie er müßiger geworden, drängen wir uns wieder über einen Weg, wie ein Alp lalle ich auf ihm.“

„Aber Klara, was kannst du in diesem Falle dafür?“

„Ich — nichts, du hast recht, nur du!“ —

„Du bringst sie auf.“

„Du bist doch ein Mensch, du bist nicht neuer, Klara, dieser arme Mensch wird, aber nichts hat zu getan, einfach die Hände in den Schoß gelegt und gewartet, freilich, du kannst dir leisten, bist der Oberstleutnant von Sommern mit der



Liman v. Sanders.

diese außerordentliche Ehreung nicht darüber hinwegzulaufen, daß die Einhebung vom Kommando auf Wunsch Anglans und Frankreichs gelang. Man sieht, am Goldenen Horn wird auch unter der modernen Regierung das alte Zentragebiet fortgesetzt. Es wird allerdings nicht zu übersehen sein, daß der neuernannte Marschall auch in seiner neuen Stellung einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die militärische Ausgestaltung der Türkei besitzt, und daß die Einblicke, die er in der kurzen Zeit seines Kommandos auch als erste Armeekorps gewonnen hat, hierfür von Bedeutung sein werden.

Die Antwort des Dreihundes in der Anzeigkarte lautet dahin, daß Griechenland gegen die Verklärung, in Albanien zur Aufrechterhaltung der Ordnung beitragen zu wollen, die Intellektuellen nach dem Verfall des England's ausprobierten. Dreihund und Dreihund sind also einig. — Nur die Türkei wird nicht einmütig sein werden.

Deutscher Reichstag.

(Original-Vericht) Berlin, 17. Januar.

Im Reichstag kam am Donnerstag der Gesetzentwurf über die Sonntagstruhe in Handelsgeerbe zur ersten Beratung, nach dem vorher Staatssekretär Dr. v. Behner erklärt hatte, daß der Reichstagesrat bereit sei, die Zern-Interpretation der Fortschrittler und Sozialdemokraten zu beantworten, sobald das Vergehen gegen Oberst v. Reutter und Leutnant Schab rechtskräftig nach dem Verfall des England's ausprobierten. Dreihund und Dreihund sind also einig. — Nur die Türkei wird nicht einmütig sein werden.

